

Für eine bunte Belegschaft

Integrations-Initiative für Menschen mit Behinderung

Mehr Beschäftigte von Werkstätten in reguläre Arbeitsverhältnisse zu bringen, das ist das Ziel der Integrationsinitiative der Lebenshilfe Limburg-Diez, der Stiftung Scheuern und des Caritas-Verbandes Westerwald-Rhein-Lahn.

Montabaur. Die bisher geleistete Öffentlichkeitsarbeit ist nicht schlecht, aber längst „nicht ausreichend“, formulierte Erwin Peetz, Geschäftsführer der Caritas-Werkstätten Westerwald-Rhein-Lahn bei der Auftaktveranstaltung zur Integrationsinitiative.

Es müsse „deutlich mehr Aufklärungsarbeit“ geleistet werden, um Menschen mit Behinderung einen Weg aus der Einrichtung in einen Betrieb zu ermöglichen. Das lasse sich über Praktika und ambulante Außenarbeitsplätze realisieren, sagte Peetz. Das mittelfristige Ziel sei aber, „mehr Werkstattbeschäftigte in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse zu bringen“.

Dass dieser Integrationsansatz gelingen kann, betonten Patrick Steinebach von der Lebenshilfe Limburg-Diez, Ralph Wick von der Stiftung Scheuern und Tanja Sprünker vom Caritas-Verband. In der Tat gebe es in der Region Unternehmen, die bereits „Nischenarbeitsplätze“ für behinderte Menschen eingerichtet hätten. Erfolgreich sei diese Integration, weil die Werkstätten ihre Mitarbeiter intensiv auf eine Beschäftigung in regulären Unternehmen vorbereiten. Darüber hinaus werden die Menschen mit Beeinträchtigung von ei-

nem Integrationsassistenten individuell begleitet. Denn der Werkstattmitarbeiter müsse „passgenau“ in seinem neuen Aufgabenfeld und im Betrieb eingesetzt werden.

Aber auch das Unternehmen muss seine „Berührungängste“ überwinden, forderte Ralph Wick. „Eine Behinderung ist nicht ansteckend.“ Vielmehr stellten gerade Mitarbeiter mit einer Beeinträchtigung eine große Bereicherung für einen Betrieb dar. „Die Belegschaft ist bunter.“

Das wirtschaftliche Risiko, das Unternehmen durch diese Integration eingehen, ist gering, berichtete Tanja Sprünker vom Caritas-Verband. Denn solange der Mitarbeiter als Praktikant arbeitet, werden die Kosten weiterhin von den Werkstätten, also vom Sozialhilfeträger, übernommen. Mündet die Tätigkeit später in ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis, beteiligt sich der Arbeitgeber mit 30 Prozent an den Kosten. Zugleich sinkt die Ausgleichsabgabe, mit der sich Betriebe mit mehr als 20 Mitarbeitern von der gesetzlich festgeschriebenen Pflicht zur Beschäftigung behinderter Menschen „freikaufen“ können.

Als „ehrliche“ Lösung bezeichnete Achim Schwickert, Landrat des Westerwaldkreises, das Integrationsmodell. Es sei begrüßenswert, dass Menschen mit Behinderung nicht „in ihren Werkstätten abgeschottet werden“. Auch dass man nicht mehr auf Integrationsfirmen, wie sie in der Vergangenheit installiert wurden, setzen würde, sei richtig.

Denn die „sind allesamt an die



Für mehr Integration von Beschäftigten aus Werkstätten plädieren die Vertreter von Caritas Westerwald, Lebenshilfe Limburg-Diez und von der Stiftung Scheuern: Ralph Wick, Erwin Peetz, Tanja Sprünker, Frank Keßler-Weiss, Bernd Feix, Hans Peter Gniss und Eckhard Bahlmann (von links). Foto: Bohnhorst-Vollmer

Wand gefahren“. Die jetzt gegründete Initiative für Beschäftigte von Werkstätten bewertete Schickert dagegen als realistische Option. Unterstützung erfuhren die Initiatoren

neben Landrat Schwickert und seinem Amtskollegen aus dem Rhein-Lahn-Kreis, Günter Kern, auch von Heike Strack von der Arbeitsagentur Montabaur sowie von den Ver-

tretern der Industrie- und Handelskammer Koblenz, Richard Hover, und der Handwerkskammer Koblenz, Ulrich Meinhard. abv

Foto: Bohnhorst-Vollmer